Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 16. November	Nr. 1528

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
DEC 6 1936
LIBRARY

Die Kanzlei des Führers in ihren neuen Diensträumen.

Berlin, 16. November. Der Chef der Kanzlei des Führers, Reichsleiter Bouhler, übergab am Montag seinen Mitarbeitern die neuen Amtsräume der Kanzlei in den Häusern Hermann-Göring-Straße 5 und Voß-Straße 19, die in der letzten Woche bezogen worden waren. Bisher war die Kanzlei in einem Hause in der Wilhelmstraße gegenüber dem Luftfahrtministerium untergebracht, das infolge des bevorstehenden Neubaus des Reichspostministeriums geräumt werden mußte. Aber abgesehen davon, hatte sich in letzter Zeit immer mehr die Notwendigkeit eines Neubaues herausgestellt, da der Arbeitsbereich der Kanzlei seit ihrer Gründung vor zwei Jahren erheblich gewachsen ist.

Reichsleiter Bouhler hieß die Mitarbeiter und Angestellten der Kanzlei in den neuen Diensträumen willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie ihnen zur zweiten Heimat werden möchten. Er erwarte, daß ihnen hier, ebenso wie im alten Haus, als oberste Richtschnur all ihres Handelns das Bewußtsein dienen möge, Mitarbeiter des Führers und damit verantwortlich zu sein für die Verwaltung des größten Kapitals, das wir in Deutschland besäßen: das Vertrauen zum Führer. Die Kanzlei habe in den zwei Jahren ihres Bestehens ihre Daseinsberechtigung voll und ganz bewiesen. Sie habe zahllosen Parteigenossen geholfen und vielen Volksgenossen, die sich in ihrer Not und Verzweiflung an den Führer wandten, die richtigen Wege gewiesen.

Mit der Uebersiedlung der Dienststelle in die neuen Räume wurde auch eine Neugliederung in folgende fünf Aemter vorgenommen: Amt für Parteiangelegenheiten (Leiter: Reichsamtsleiter Viktor Brack), Amt für Gnadenwesen (Leiter: Reichshauptstellenleiter Hubert Berkenkamp), Amt für soziale Angelegenheiten (Leiter: Reichsamtsleiter Albert Bormann), Personal- und Verwaltungsamt (Leiter: Reichshauptstellenleiter Herbert Jaensch) und Privatkanzlei Adolf Hitler (Leiter: Reichsamtsleiter Albert Bormann). Der Chef der Dienststelle, Reichsleiter Bouhler, hat seinen Amtssitz nach wie vor im Nachbarhaus der Reichskanzlei, Voß-Straße 1.

Der Reichskriegsminister besucht Burg Vogelsang.

Berlin, 16. November. Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, begibt sich am 16. und 17. November zur Besichtigung der Standorttruppen nach Aachen. Gleichzeitig ist ein Besuch der Ordensburg Vogelsang vorgesehen.

Aus der Diplomatie.

Berlin, 16. November. Der Königlich Dänische Gesandte Herluf Zahle hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Hoffmeyer die Geschäfte der Gesandtschaft.

Der Königlich Norwegische Gesandte A. Scheel ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der Litauische Gesandte Dr. Jurgis Saulys ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der Chef des estnischen Generalstabes in Berlin.

Berlin, 16. November. Der estnische Generalmajor Reek befindet sich z. Zt. für einige Tage in Berlin. Generalmajor Reek ist Chef des Generalstabes der estnischen Armee. Er hat sich um deren Aufbau während und nach dem estnischen Freiheitskampfe hervorragende Verdienste erworben.

Generalmajor Reek wird einige Einrichtungen der deutschen Wehrmacht sowie Truppenteile in der Nähe von Berlin besichtigen und einen Kranz am Ehrenmal Unter den Linden niederlegen.

Aufhebung der Reichsbahndirektion Ludwigshafen.

Berlin, 16. November. Die im Zuge der Vereinfachung der Reichsbahnverwaltung geplante Auflösung der Reichsbahndirektion Ludwigshafen, die schon längere Zeit beabsichtigt war, wird zum 1. April 1937 durchgeführt. Bei der Auflösung dieser Reichsbahndirektion werden ihre Strecken unter die benachbarten Reichsbahndirektionen Saarbrücken und Mainz aufgeteilt.

Ribbentrop zu Gast bei Lord Londonderry.

London, 16. November. Botschafter von Ribbentrop, der währed des Wochenendes Gast des früheren englischen Luftfahrtministers Lord Londonderry auf dessen Landsitz bei Stockton war, besuchte am Sonntag den Gottesdienst in der historischen Kathedrale von Durham. Lord Londonderry schritt in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Durham an der Spitze einer feierlichen Prozession, an der sich auch eine Abordnung des britischen Frontkämpferverbandes British Legion beteiligte. Neben dem deutschen Botschafter und seiner Gattin waren mehrere englische Gäste, darunter Lord und Lady Castlereagh, der Einladung Lord Londonderrys gefolgt.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Ankara.

Ankara, 16. November. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist am Montag vormittag im Flugzeug in Ankara eingetroffen. Er wurde auf dem Flugplatz von Vertretern der türkischen Behörden empfangen.

Paris zur deutschen Erklärung über die Stromakte.

Paris, 16. November. Das französische Außenministerium gibt bekannt:

„Die deutsche Kündigung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, die sich auf die deutschen Flüsse beziehen, sowie der Flußschiffahrtsakte, die auf diesen Bestimmungen aufgebaut sind, erfolgt in dem Augenblick, in dem die zentrale Rheinschiffahrtskommission, die in Straßburg versammelt ist, im Begriffe stand, Bestimmungen in Kraft zu setzen, die an die Stelle der betreffenden Klauseln des Versailler Vertrages treten sollen. Diese Bestimmungen waren auf Grund eines deutsch-französischen Abkommens festgesetzt worden, zu dem das Deutsche Reich die Initiative ergriffen hatte. Ein entsprechendes Abkommen war bereits für die Elbe zustandegekommen, und die Verhandlungen über die Oder befanden sich auf gutem Wege.

„Die französische Regierung verständigt sich mit den anderen interessierten Regierungen. Sie hat im übrigen ihrer Abordnung in Straßburg Weisungen erteilt, damit der modus vivendi gekündigt wird, der am 4. Mai 1936 von der zentralen Rheinschiffahrtskommission festgelegt worden war. Dieser modus vivendi, der das oben erwähnte deutsch-französische Abkommen bestätigte, sollte am 1. Januar 1937 in Kraft treten."

Bezüglich der Kündigung der Flußschiffahrtsbeschränkungen des Versailler Vertrages durch Deutschland nimmt man in französischen politischen Kreisen an, daß die Pariser Regierung ihre diplomatischen Vertreter in den ebenfalls interessierten Ländern beauftragt hat, wegen eines gemeinsamen Protestschrittes in Berlin vorzufühlen. Eine Entscheidung werde der Quai d'Orsay aber erst treffen, wenn die Berichte der französischen diplomatischen Auslandsvertreter vorlägen.

Doriot klagt erneut die kommunistische Weltpest an.

Paris, 16. November. Die „Französische Volkspartei" Doriots, die nach kaum viermonatigem Bestehen bereits über 100 000 eingeschriebene Mitglieder zählt, hielt am Sonntag abend in der Winterradrennbahn eine Massenkundgebung ab, an der rund 30 000 Personen teilnahmen. Der Parteiführer Doriot stellte in einer Rede ganz besonders scharf die kommunistische Weltpest an den Pranger, deren Hauptziel die Isolierung Frankreichs sei, um es außenpolitisch allein von Sowjetrußland abhängig zu machen. Auf innenpolitischem Gebiet empfahl Doriot gewisse Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, um das soziale Gleichgewicht Frankreichs wiederherzustellen, so besonders eine vernünftige Auswertung des französischen Kolonialreichs, Planung der Erzeugung und Begrenzung des Gewinns. Zum Schluß wiederholte Doriot den Appell des Parteikongresses an alle Franzosen zur nationalen und sozialen Einigung, damit Frankreich wahrhaftig glücklicher und mächtiger werden möge.

Arbeitswillige erzwingen Streikabbruch in Lille.

Paris, 15. November. In Lille haben die des Streiks überdrüssigen Arbeiter einer Textilfabrik am Sonnabend abend den Betrieb besetzt und die Streikposten verjagt. Der Betrieb, der etwa 300 Arbeiter beschäftigte, war schon seit zwei Monaten geschlossen und von einem Teil der Streikenden besetzt. Am Sonnabend beschloß nun der andere Teil die Wiederaufnahme der Arbeit, der sich die streikende Fabrikbesatzung aber widersetzte. Nach kurzem Handgemenge behielten jedoch die Arbeitswilligen die Oberhand. Sie setzten die Direktion sofort davon in Kenntnis, daß sie den Betrieb bis zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag morgen besetzt hielten.

Marxistischer Terror in Marseille.

Paris, 15. November. Während aus den verschiedenen französischen Häfen täglich Dampfer mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial für die Roten in Spanien abgehen, versucht man jetzt, die Lebensmittelausfuhr für die Nationalen zu verhindern. Am Sonnabend hatte ein französischer Dampfer in Marseille fünf Tonnen Zucker für Palma de Mallorca geladen, das sich in den Händen der Burgos-Regierung befindet. Der Sekretär der marxistischen Dockarbeiter-Gewerkschaft begab sich daraufhin sofort zum Büro der Dampfschiffahrtsgesellschaft, um mitzuteilen, daß der Dampfer nicht auslaufen werde, wenn der Zucker nicht wieder an Land gebracht werde. Um Schwierigkeiten zu vermeiden, beugte sich die Reederei dieser marxistischen Drohung, sodaß das Schiff ohne die Zuckerladung auslaufen mußte.

Die Führer der marokkanischen Nationalisten verhaftet.

Paris, 16. November. Im Zusammenhang mit einer von dem marokkanischen nationalen Aktionsausschuß veranstalteten Kundgebung in Casablanca wurden die beiden Führer der marokkanischen Nationalisten Allal Fasi und Hassan el Fezani verhaftet.

Neue flämische Tageszeitung.

Brüssel, 16. November. Das Kampforgan der radikalflämischen Bewegung, De Schelde, hat nach 18-jährigem Bestehen am Sonnabend sein Erscheinen eingestellt. An seine Stelle ist eine neue flämische Tageszeitung **„Volk und Staat"** getreten.

In einem programmatischen Aufsatz, den die Schriftleitung des neuen Blattes in der Sonntagsausgabe veröffentlicht, wird ausgeführt, daß die flämische Bewegung in ein neues Entwicklungsstadium getreten sei. Zwei Ereignisse aus der letzten Zeit werden in diesem Zusammenhang als besonders bedeutsam herausgestellt, nämlich die letzten Parlamentswahlen, die den Nationalflamen eine Verdoppelung ihrer Parlamentssitze gebracht hatten und die, wie es in dem Aufsatz heißt, Perspektiven von „unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten" eröffnet hätten, ferner das Abkommen zwischen Rex und V. N. V. (Vlaamsch-Nationaale Verbond), durch das die „vermoderte" Parteipolitik noch weiter aus ihren Fugen gehoben worden sei. Es berechtige zu der Hoffnung, daß die ihrem Volkstum entfremdeten Flamen in Flandern wieder in die nationalflämische Gemeinschaft zurückgeführt werden könnten.

Zu den gegenwärtigen Konzentrationsbestrebungen zwischen verschiedenen flämischen Gruppen wird erklärt, daß solche Bestrebungen von der Zeitung nicht gehemmt würden. „Wir gehen", heißt es dann in dem Programm, „von dem Volk und von der Volksgemeinschaft aus, wir streben nach dem Staat, der dieser Volksgemeinschaft angepaßt ist: Eine Sprache, ein Volk, ein Staat". Flandern gehe mit schnellen Schritten seiner Selbständigkeit entgegen. Zum Schluß wird noch unterstrichen, daß die neue Zeitung die Bestrebungen des V. N. V. unterstützen werde, ohne dadurch aber amtliches Organ dieser Bewegung zu sein.

Jüdische Organisationen in Warschau geschlossen.

Warschau, 16. November. Der Warschauer Starost ordnete die Schließung von vier jüdischen Organisationen, zwei Volksbüchereien, einem Sportverein und einem Gesangverein, wegen kommunistischer Betätigung an. In den Büchereien hatten sich in letzter Zeit wiederholt Kommunisten zu geheimen Besprechungen versammelt.

Deutschen Gymnasien das Oeffentlichkeitsrecht entzogen.

Posen, 15. November. Das Kultusministerium hat dem deutschen Schiller-Gymnasium in Posen und der deutschen Goethe-Schule in Graudenz das Oeffentlichkeitsrecht entzogen.

Als Grund für diese Maßnahme wird von polnischer Seite angegeben, daß die Leitung des Schiller-Gymnasiums bei der Annahme von neuen Schülern Formfehler begangen habe. Die Entziehung der Oeffentlichkeitsrechte bewirkt, daß den Schülern die Möglichkeit genommen wird, verbilligte Eisenbahnfahrten zu erhalten, ferner, daß die Abiturienten die Reifeprüfung vor einer polnischen Sonderkommission ablegen müssen.

Was die Goethe-Schule anbelangt, so hebt die polnische Presse hervor, daß dieser deutschen Lehranstalt die Oeffentlichkeitsrechte nur teilweise entzogen worden sind.

Ein Waffengeschenk an Marschall Rydz-Smigly.

Warschau, 16. November. Marschall Rydz-Smigly weilte am Sonntag in Wirsitz, einer Kreisstadt im Netzegebiet bei Bromberg, um dort in Begleitung des Kriegsministers Kasprzycki und anderer militärischer und staatlicher Würdenträger den Ehrenbürgerbrief sämtlicher Gemeinden des Kreises seitens der Bewohner sowie ein Geschenk von 16 Maschinengewehren, 32 kleinen Haubitzen und 32 Pferden entgegenzunehmen. In einer Rede dankte Marschall Rydz-Smigly für die der Armee gemachten Geschenke. Er wies darauf hin, daß für den Staat und seine Sicherheit mehr als nur das gegeben werden müsse, was die bürgerliche Pflicht vorschreibe. Wenn es darauf ankäme, das Vaterland zu verteidigen, dann würden es nicht nur diese Waffen schützen, sondern vor allem die moralischen Kräfte, die derartige freiwillige Geschenke ermöglichten.

Die Feier wurde mit einer Parade der in Bromberg liegenden Truppenteile abgeschlossen.

Bolschewistische Agitation unter den Auslandspolen.

Warschau, 16. November. Der **Illustrierte Kurier** veröffentlicht einen Bericht über die kommunistische Agitation unter den in Frankreich lebenden polnischen Arbeitern. In vielen polnischen Kolonien gebe es kein einziges Haus, in das nicht die kommunistische „Polnische Wochenschrift" Eingang gefunden habe. Durch Terror würden die polnischen Familienväter gezwungen, diese mit Moskauer Geld gespeiste Zeitschrift zu bestellen. Die Sowjetbotschaft in Paris habe jetzt die Umwandlung der Wochenschrift in eine Tageszeitung beschlossen und zu diesem Zwecke dem Verlag 600 000 Franken zur Verfügung gestellt.

Auch die Agenten, die Freiwillige für die rote Armee in Spanien anwerben, seien fast ausschließlich aus der Sowjetunion stammende Juden. Es gebe im Departement Nord nicht eine einzige polnische Kolonie, in der nicht kommunistische Agenten tätig wären. Unter den vielen Kommunisten, die in Frankreich für den spanischen Bürgerkrieg angeworben seien, befänden sich 2000 Polen. Gegenmaßnahmen der nationalen polnischen Vereinigungen seien leider zwecklos. Alle Versuche, den kommunistischen Agenten entgegenzutreten, würden von den Kommunisten unter Berufung auf die Volksfrontregierung Blum als eine gegen den französischen Staat gerichtete Agitation gekennzeichnet.

Schuschnigg über eine Arbeitsbinnenkonjunktur.

Wien, 16. November. Die vor kurzem ins Leben gerufene Soziale Arbeitsgemeinschaft, deren Hauptaufgabe es ist, im engsten Einvernehmen mit der Arbeiterschaft die durch die Not der Zeit hervorgerufenen sozialen Probleme zu lösen, trat am Sonntag zum ersten Mal in Wien zusammen.

Bundeskanzler **Schuschnigg** kündigte an, daß die kommende Zeit der Schaffung einer Arbeitsbinnenkonjunktur gelten solle. Man wolle diese Binnenkonjunktur durch eine größere staatliche Investitionstätigkeit ankurbeln; dabei könne allerdings nicht von Lohnerhöhungen oder wesentlichen Besserstellungen für jene, die Arbeit hätten, die Rede sein, aber von Erleichterungen für jene, die nicht in Arbeit ständen. An dem schon vor längerer Zeit aufgestellten Grundsatz, staatliche Aufträge nur Firmen zuzuteilen, die Tarifverträge einhielten, werde weiter festgehalten werden. Kürzlich habe er erst im Bundesministerium für Landesverteidigung daran erinnert, daß bei Lieferungen für das Heer, denen jetzt eine besondere Bedeutung zukomme, nur Firmen berücksichtigt werden dürften, die die sozialen Rechte der Arbeiterschaft achteten.

Der Minister für soziale Fürsorge **Resch** stellte vier vier Hauptpunkte auf, die er nicht umgehen lassen werde: die Arbeitslosenfürsorge, die Altersfürsorge, die Leistungen für Kriegsbeschädigte und Kleinrentner müßten im bisherigen Umfang um jeden Preis aufrechterhalten werden.

Verlautbarung über die Budapester Verhandlungen Cianos.

Budapest, 16. November. Ueber die Budapester Verhandlungen des italienischen Außenministers Grafen Ciano wurde folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben:

„Der italienische Minister des Aeußern, Graf Ciano, führte während seines Budapester Aufenthalts mehrmals eingehende Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Daranyi und dem Minister des Aeußern Kanya. Die Besprechungen bezogen sich auf alle die beiden Staaten gemeinsam interessierenden Angelegenheiten, die in freundschaftlichstem Sinne geprüft wurden. Die Besprechungen ergaben in allen Fragen eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten."

Drei Flugzeuge der Roten heruntergeholt.

Paris, 15. November. Der Sender Sevilla meldet, daß bei Carabanchel Alto wieder drei Flugzeuge der „Roten" abgeschossen worden sind. Der Angriff der Roten gegen den rechten Flügel der Nationalisten habe mit einem gänzlichen Mißerfolg geendet. Die Nationalisten seien zum Gegenangriff vorgegangen und hätten den Gegner bis nach Vallegas zurückgetrieben.

„Wirtschaftsgeneralstab" in Japan.

Tokio, 16. November. Das Kabinett einigte sich über die Schaffung eines Hauptausschusses zur Prüfung und Begutachtung insbesondere wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Regierung. Der Hauptausschuß, dem die künftige verschärfte wirtschaftliche Kontrolle obliegt, wird „Wirtschaftsgeneralstab" genannt. Der Vorsitzende steht im Ministerrang. Er nimmt an den Kabinettssitzungen teil.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.